

1 **Gerecht geht anders!**

2 **Unsere Forderungen an den Politikwechsel 2013**

3

4 Für uns steht fest: Im Herbst brauchen wir nicht nur einen Regierungs-, wir brauchen einen
5 Politikwechsel. Die Geschichte von Schwarz-Gelb ist die ungezählter Missgeschicke. Aber das
6 Versagen der aktuellen Bundesregierung besteht nicht bloß aus handwerklichen Fehlern. Die
7 Menschen in Deutschland werden nicht nur schlecht, sie werden falsch regiert.

8 Wir Jusos wollen dafür sorgen, dass die Millionen Menschen ohne Berufsabschluss oder in pre-
9 kären Beschäftigungsverhältnissen nicht länger im Regen stehen. Schwarz-Gelb verschärft die
10 soziale Spaltung unserer Gesellschaft, begünstigt Eliten und entlastet Hoteliers. Wir wollen die
11 volle Gleichstellung von Frauen und von homosexuellen Paaren durchsetzen. Schwarz-Gelb
12 bezuschusst veraltete Rollenbilder mit einem unsinnigen Betreuungsgeld. Wir wollen in der
13 Bildungspolitik für die Bedürfnisse von SchülerInnen und Studierenden kämpfen. Schwarz-Gelb
14 plagt sich mit aberkannten Dokortiteln. Das alles zeigt: Es geht im September nicht nur um
15 einen anderen Politikstil. Es geht um grundlegend andere Politik!

16 Unser Gesellschaftsentwurf unterscheidet sich klar von Schwarz-Gelb: Wir stehen für eine soli-
17 darische Gesellschaft, die die Bedürfnisse der Menschen statt der des Kapitals in den Mittel-
18 punkt rückt. Unser Ziel ist die soziale Gerechtigkeit. Damit wollen wir überzeugen. Wir wollen,
19 dass die SPD im September stärkste Kraft bei den JungwählerInnen wird und dass sie eine
20 Mehrheit vom Politikwechsel überzeugen kann! Wir wollen - und wir brauchen - klare Verände-
21 rungen für eine gerechtere Gesellschaft!

22

23 **Wir holen uns unsere Zukunft - Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!**

24 Wer keinen Ausbildungsplatz hat, will bloß keinen - das verkünden uns die Medien jedes Jahr
25 zum Start des Ausbildungsjahres. Dann heißt es, immer mehr Stellen seien unbesetzt, die Ju-
26 gendarbeitslosigkeit sei so niedrig wie nirgendwo sonst in Europa. In Wirklichkeit steckt
27 Schwarz-Gelb junge Menschen, u.a. auch Menschen mit geistiger und körperlicher Beeinträch-
28 tigung, in sinnlose Warteschleifenprogramme und schönert damit die Statistik. Die Zahl der "Alt-
29 bewerberInnen" auf dem Ausbildungsmarkt steigt jedes Jahr weiter an, ohne dass diese Perso-
30 nen einem Berufsabschluss näher kämen. Mit diesem Unsinn muss Schluss sein: Wir wollen für
31 jedeN, der/die eine Berufsausbildung machen möchte, einen Ausbildungsplatz. Um das zu ga-
32 rantieren, sollen alle Betriebe, die nicht entsprechend ihrer Größe ausbilden, eine Umlage
33 zahlen: Wer nicht ausbildet, wird umgelegt! Nur mit einer Ausbildung haben junge Menschen
34 gute Chancen auf qualifizierte Beschäftigung und Gute Arbeit. Wir wollen die Gewerkschaften
35 im Kampf für gute Ausbildungsbedingungen und unbefristete Übernahme stärken.

36 Nicht für alle Berufe gibt es betriebliche Ausbildungen. Eines muss aber klar sein: Wer eine
37 schulische Ausbildung absolviert und damit keine Ausbildungsvergütung und auch keine Über-
38 nahmemöglichkeit erhält, darf nicht auch noch oben drein zur Kasse gebeten werden! Erzie-
39 hungs- und Pflegeberufe, in denen später auch noch unterdurchschnittliche Löhne gezahlt
40 werden, sind hiervon besonders betroffen. Das ist nicht hinnehmbar.

41 Niemand ist gerne arbeitslos. Deshalb ist es unverschämt, jungen Menschen im SGB-II-Bezug
42 mit besonders harten Sanktionsregeln zu unterstellen, sie seien arbeitsunwillig. Wir wollen

43 Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe statt Jobcentern, die jungen Menschen die Wohnung und die
44 Krankenversicherung wegnehmen dürfen! Jugendarbeitslosigkeit wird erfolgreich bekämpft,
45 indem es genügend Ausbildungsplätze und nachhaltige Perspektiven für einen erfolgreichen
46 Erwerbsverlauf gibt.

47

48 **Prekär reicht uns nicht - Gute Arbeit statt Generation Praktikum!**

49 Ende letzten Jahres veröffentlichte die Bundesagentur für Arbeit eine Statistik, welche eine
50 neue Rekordzahl an beschäftigten Menschen in unserem Land zeigte. Schaut man jedoch etwas
51 genauer hin, erkennt man, dass etwa ein Viertel aller berufstätigen Menschen heutzutage in
52 prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen. Für die Betroffenen bedeutet dies unter ande-
53 rem Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und eine Bezahlung, die häufig nicht dazu aus-
54 reicht, das Existenzminimum zu erreichen. Zwingend notwendig sind daher Schritte, die sach-
55 grundlose Befristungen verbieten, sachliche Befristungen stärker eingrenzen und der Leiharbeit
56 klare Fristen setzt. Ähnliches gilt für Praktika, Volontariate und Traineeships. Von manchen
57 Arbeitgebern werden diese heutzutage dazu ausgenutzt, für vollwertige Arbeit Billiglöhne zu
58 zahlen und ArbeitnehmerInnenrechte zu unterlaufen. Dies ist nicht länger hinnehmbar! Wir
59 fordern, dass für Praktika, Volontariate und Traineeships klare Regeln herrschen, die neben
60 Mindeststandards, einer Höchstdauer und einer Mindestvergütung auch festlegen, unter wel-
61 chen Bedingungen solche „Lernverhältnisse“ zulässig sind.

62 Angesichts der immer weiter steigenden Ungleichheit in Deutschland ist die Einführung eines
63 gesetzlichen Mindestlohns heute wichtiger denn je. Es kann nicht sein, dass Vollzeit berufstätige
64 ArbeitnehmerInnen am Ende des Monats zum Sozialamt gehen müssen, um ihren Lohn auf-
65 zubessern und über das Existenzminimum zu kommen. Ganz besonders betroffen sind davon
66 Arbeitnehmerinnen, die immer noch deutlich weniger verdienen als ihre männlichen Arbeits-
67 kollegen, obwohl sie die identische Arbeit ausführen. Damit diese Ungerechtigkeit endlich ein
68 Ende hat, bedarf es wirksamer Maßnahmen wie eines Entgeltgleichheitsgesetzes.

69

70 **Wir sind nicht auf den Kopf gefallen - Gute Bildung für Alle!**

71 Bildung ist ein Menschenrecht. Doch gerade ein so reiches Land wie Deutschland besitzt eines
72 der selektivsten Bildungssysteme, in dem der eigene Bildungserfolg massiv vom Status und Ein-
73 kommen der Eltern abhängt. Die frühkindliche Bildung, Schulen und Hochschulen sind in
74 Deutschland stark unterfinanziert. Die Debatte um die soziale Selektivität des deutschen Bil-
75 dungssystems muss endlich ernsthaft geführt werden und in Maßnahmen münden.

76 Weil immer mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen möchten und wir Allen den Zugang
77 zu Bildung unabhängig von ihrer sozialer Herkunft ermöglichen wollen, halten wir es für uner-
78 lässlich, die Hochschulen auszubauen und die Bildungsbudgets aufzustocken.

79 Auch die soziale Infrastruktur für Studierende und SchülerInnen muss ausgebaut werden. Die
80 Anzahl der Wohnheimplätze, Beratungsmöglichkeiten und Mensen muss mit Hilfe der Studie-
81 rendenwerke gesteigert werden. Das BAföG und endlich auch das SchülerInnen-BAföG müssen
82 zu einem alters-, eltern- und herkunftsunabhängigen, bedarfsdeckenden Vollzuschuss ausge-
83 baut werden.

84 Wir wollen gleiche Bildungschancen in allen Bundesländern. Dem steht das Kooperationsverbot
85 im Weg. Wir brauchen ein neues Miteinander von Bund und Ländern in der gesamten Bildungs-

86 und Wissenschaftspolitik mit einheitlicheren Standards, vergleichbaren Abschlüssen und mehr
87 finanzieller Unterstützung durch den Bund.

88 Für die Hochschulen soll ein wesentlicher Teil dieser zusätzlichen Gelder einer flächendeckend
89 besseren Grundfinanzierung dienen. Der Bund darf seine Ausgaben nicht auf wenige Hochschu-
90 len konzentrieren, was zwangsläufig mit der Abwertung aller anderen einhergehen würde.
91 Geld vom Bund wird aber nicht nur für die Hochschulen benötigt, sondern auch um Kitaplätze
92 zur Verfügung zu stellen, flächendeckend Ganztagschulen einzurichten, eine Schule für Alle
93 (Gesamtschulen) weiter auszubauen und die Inklusion schnell umzusetzen.

94 Ein solidarisches Bildungssystem bedeutet, einen konsequent freien Zugang zu Bildung zu er-
95 möglichen. Bildung ist für Alle da!

96

97 **Wir kommen um zu bleiben - Wohnen muss bezahlbar sein!**

98 Die Mieten haben in vielen Städten in den letzten Jahren kräftig angezogen. Gerade junge
99 Menschen ziehen häufig um und sehen sich mit horrenden Mietforderungen konfrontiert. Immer
100 seltener sind zudem Wohnungen ohne MaklerInnen beziehbar, die vierstellige Provisionen er-
101 halten und den Wohnungssuchenden dafür lediglich die Tür aufschließen. Deshalb soll die Pro-
102 vision bezahlen, wer den Dienst bestellt hat - und das ist in der Regel der/die VermieterIn.
103 Aber auch alteingesessene MieterInnen müssen ihre Wohnungen verlassen, weil sie unbezahlbar
104 geworden sind und werden vor allem aus Stadtteilen verdrängt, die gerade angesagt sind. Wir
105 Jusos unterstützen die erfreulich klaren Vorschläge der SPD, Mieterhöhungen zu begrenzen und
106 wieder Bundesprogramme für soziale Städte aufzulegen. Insbesondere kleinere Wohnungen bis
107 2,5 Zimmer sind knapp. Mit einer besseren Förderung von sozialem und studentischem Woh-
108 nungsbau wollen wir dem begegnen. Dabei wollen wir die soziale Durchmischung von Stadttei-
109 len stärken und "Gentrifizierung" entgegenwirken.

110

111 **Unsere Familie machen wir selbst - für eine moderne Familienpolitik!**

112 In der Familienpolitik wird besonders deutlich, wie nötig ein Politikwechsel ist: Ministerin
113 Schröder führt einen Feldzug für das erkonservative Familienbild von vorgestern. Unsere Fa-
114 milienbilder sind hingegen vielfältig und brauchen sozial gerechte Unterstützung. Dafür muss
115 die Gesamtheit der familien- und ehebezogenen Leistungen auf den Prüfstand gestellt, auf
116 ihren Nutzen und ihre Wirksamkeit hin überprüft und entsprechend angepasst und vereinfacht
117 werden. Oberstes Ziel aller familien- und ehebezogener Leistungen muss es sein, die Situation
118 sowie die Chancen der Kinder zu verbessern.

119 Wir brauchen eine klare Position gegen das Betreuungsgeld und müssen stattdessen Kinderbe-
120 treuung ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend und kostenfrei sicherstellen. Wir wollen das
121 volle Elterngeld nur bei paritätischer Teilung der Elternzeit auszahlen. Dabei muss es einen
122 Lohnausgleich zum höheren Gehalt der Partnerin oder des Partners geben, um keine Einkom-
123 mensverluste zu generieren.

124 Im Steuerrecht muss das Ehegattensplitting endlich überwunden werden. Wir wollen stattdes-
125 sen mit der Kindergrundsicherung Leistungen auf die Förderung von Kindern konzentrieren.

126 Darüber hinaus widerspricht eine weitere Schlechterstellung von gleichgeschlechtlichen Leben-
127 spartnerschaften den Grundsätzen einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Das
128 klassische Bild von Vater und Mutter ist nicht mehr das allein gültige Lebensmodell. Dem muss

129 eine Familienpolitik für die Menschen in Deutschland Rechnung tragen. Dazu gehört auch eine
130 Erweiterung unserer Vorstellung davon was Partnerschaft und Elternschaft im Kern ausmacht.
131 Nicht nur Erzeugerschaft ist Elternschaft. Wir begrüßen das jüngste Urteil des Bundesverfas-
132 sungsgerichts, dass die Adoption der Kinder der Lebenspartnerin/des Lebenspartners vollstän-
133 dig gewährleistet sein muss. Der nächste Schritt ist das volle Adoptionsrecht für homosexuelle
134 Menschen. Daher ist die Gleichstellung von Kindern in „Regenbogenfamilien“ und die Anpas-
135 sung ihrer rechtlichen Stellung an ihre Lebenswirklichkeit durch eine Erweiterung des Adopti-
136 onsrechts dringend geboten. Diese Anpassung sollte auch eine Anerkennung des Sorgerechts für
137 mehr als zwei Personen ermöglichen (z.B. Vater, Mutter, Mutter). Menschen dürfen nicht mehr
138 länger nach ihrer sexuellen Orientierung sortiert und dann unterschiedlich behandelt werden.
139 Die volle rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ist dringend
140 geboten.

141

142 **Wir denken nicht nur an uns - Gutes Leben kennt keine Grenzen!**

143 Gutes Leben wollen wir für alle Menschen - unabhängig von Pass und Grenzen.
144 Von der Krise in der Europäischen Union sind gerade junge Menschen betroffen. Die
145 Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Staaten liegt durchgängig weit über 25
146 Prozent. Daher sollte die EU aufhören massive Kürzungen in den Staatshaushalten der jeweili-
147 gen Länder zu verlangen und stattdessen die betroffenen Staaten mit den notwendigen finan-
148 ziellen Mittel ausstatten, damit diese über Konjunkturprogramme Wachstum generieren und
149 damit wieder für junge Menschen Beschäftigungsperspektiven erschaffen. Wir wollen auch
150 eine europaweite Ausbildungsgarantie, die sicherstellt, dass jedem jungen Menschen ein Aus-
151 bildungsverhältnis angeboten wird, das seinen beruflichen Interessen und Wünschen ent-
152 spricht.

153

154 Asyl ist Menschenrecht! Menschen verlassen in der Regel nicht freiwillig ihre Familien und ihre
155 Heimat, sondern aufgrund von Notsituationen und oft unter Zwang. Diesen Menschen begegnen
156 wir mit Solidarität. Wir wollen die Verbesserung des europäischen Asylrechts und europäische
157 Solidarität zugunsten der MigrantInnen und Asylsuchenden. Die Unterkünfte der Asylbewerbe-
158 rInnen müssen menschenwürdigen Bedingungen entsprechen. Sie müssen voll in die Gesell-
159 schaft integriert werden und von Beginn an arbeiten dürfen. Bildung und Weiterbildung müssen
160 ihn offen stehen. Darüber hinaus müssen sie in die gesetzliche Krankenversicherung einbezo-
161 gen werden und auch hinsichtlich aller anderen Sozialleistungen gleichgestellt werden. Das
162 Asylbewerberleitungsgesetz ist abzuschaffen. Es darf keine Menschen zweiter Klasse geben.

163

164 **Starke Demokratie ist uns etwas wert - Staatliche Einnahmen steigern!**

165 Vom aktuellen Sparwahn der Bundesregierung ist Bremen in ganz besonderem Maße betroffen.
166 Die Schmerzgrenze ist an vielen Stellen bereits überschritten. Nachdem sie schon unter der
167 schwachsinnigen Extremismusklausel zu leiden hatten, sind wieder zivilgesellschaftliche Ein-
168 richtungen die Leidtragenden. Sie hängen in ihrer Finanzierung maßgeblich vom Staat ab.
169 Für Jugendeinrichtungen und Projekte gegen Rechts brauchen wir finanziell besser ausgestat-
170 tete Kommunen. Demokratie ist uns etwas wert!

171 Während in vielen Kommunen die Lichter ausgehen und die örtlichen Tafeln überrannt werden,
172 werden im gleichen Atemzuge die Reichen unseres Landes auch in Zeiten der "Krisen" immer
173 reicher. Diesen Trend der fortschreitenden Ungleichheit und Ungerechtigkeit gilt es schnellst-
174 möglich zu stoppen. Die dafür zwingenden Konzepte liegen seit langer Zeit in den Schubladen.
175 Seit Jahren fordern wir Jusos zum Beispiel die Einführung der Vermögenssteuer und die Anhe-
176 bung des Spitzensteuersatzes. Nach einem Wahlsieg der SPD muss dies schnellstmöglich umge-
177 setzt werden. Weiterhin gilt es, die Verantwortlichen der Krise, die Banken, auch an den Kos-
178 ten zu beteiligen, die sie verursacht haben. Während dies bisher in keinsten Weise geschehen
179 ist, verdienen Bankmanager mittlerweile wieder Millionenbeträge mit ihren Zockereien. Abge-
180 sehen davon, dass es ohne eine weitgehende Bankenregulierung nur eine Frage der Zeit ist bis
181 die nächste Blase platzt, ist es nur gerecht wenn die Kreditinstitute durch eine Finanztransak-
182 tionssteuer endlich zur Kasse gebeten werden.

183

184 **Weil wir Bremerhaven behalten wollen - Engagiert das Klima schützen!**

185 Die Folgen unseres Lebensstils werden auch an unserer Umwelt sichtbar. Luft-, Wasser-, Bo-
186 denverschmutzung und der Ausstoß von Triebhausgasen müssen reduziert werden, wenn wir
187 wollen, dass unser Planet bewohnbar bleibt. Insbesondere die globale Erwärmung muss drin-
188 gend weiter bekämpft werden, weil sonst die Folgen verheerende Ausmaße annehmen und die
189 Kosten immer weiter steigen. Wer dieses Problem nicht schnell angeht, lebt auf Kosten kom-
190 mender Generationen.

191 Wir wollen, dass Deutschland wieder eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt und die
192 Staatengemeinschaft zum Handeln bewegt. Neue Klimaschutzabkommen müssen ausgehandelt
193 werden, weil wir sonst sehend aber tatenlos auf eine globale Katastrophe zusteuern.

194 Auch unsere Energieerzeugung muss von Grund auf umgestellt werden. Wir dürfen uns nicht
195 länger auf endliche Ressourcen oder gefährliche Technologien verlassen. Unser Bedarf muss so
196 schnell wie möglich durch Erneuerbare Energien gedeckt werden. Die ökologische Wende ist
197 notwendig. Sie heraus zu zögern verschiebt die Kosten nur in die Zukunft. Viele Bürger nehmen
198 ihre Energieversorgung bereits selbst in die Hand. Deshalb wollen wir die Gründung von Ener-
199 giegenossenschaften in Zukunft stärker fördern. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt,
200 dass die Versorgung mit essentiellen Gütern wie Strom und Wasser nicht den Launen des Mark-
201 tes überlassen werden darf, sondern vom Staat sichergestellt werden muss.

202

203 **Da ist mehr für uns drin - Lebensrisiken vernünftig absichern!**

204 Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit - bei den großen Risiken des Lebens müssen alle Men-
205 schen vernünftig abgesichert sein. Diesen Zweck erfüllen die Sozialversicherungen seit Jahren
206 immer schlechter. Von den Krankenkassen werden elementare Notwendigkeiten wie Brillen
207 oder Zahnersatz nicht mehr bezahlt. Im Alter landen viele Menschen trotz jahrzehntelanger
208 Beitragszahlungen nur bei einer Rente auf Sozialhilfeniveau. Besonders häufig trifft es Frauen.
209 Das zeigt: Es ist dringend nötig, unsere Sozialversicherungen zu stärken.

210 Bessere Leistungen und damit eine sicherere Lebensplanung sind bezahlbar! Wir wollen in der
211 Gesundheitsversorgung die Bürgerversicherung einführen, die alle Menschen in Deutsch-
212 land umfasst, und somit auch Privatversicherte in die solidarische Finanzierung der Gesund-
213 heitsleistungen einbezieht. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung in der Rente, die auch

214 die BeamtInnen und Selbstständige mit einbezieht. Die Riester-Rente, mit der lediglich die
215 Profitmargen von Finanzdienstleistern subventioniert werden, wollen wir abschaffen. Die ge-
216 setzliche Rente ist die effizienteste und sicherste Altersvorsorge. Deshalb ist es auch verkraft-
217 bar, wenn ihre Beiträge wieder steigen. Wir gehen nicht den Finanzmarktlobbyisten auf den
218 Leim, die uns glauben machen wollen, "die Alten" würden auf Kosten hoher Beiträge von "uns
219 Jungen" über ihre Verhältnisse leben. Wir wissen: niedrigere Beiträge heute sind unsere eigene
220 Altersarmut morgen! Wir wollen eine armutsfeste, lebensstandardsichernde Rente im Alter -
221 und zwar solidarisch für alle Generationen! Eine gute Rente, wenn
222 wir einmal alt sind, erhalten wir am Besten durch gut bezahlte und stabile Arbeit während des
223 Erwerbslebens. Neben Reformen am Arbeitsmarkt wollen wir dafür auch die Arbeitslosenversi-
224 cherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Arbeitsversicherung unterstützt
225 schon, bevor es zu Arbeitslosigkeit kommt und hilft aktiv, sie zu vermeiden, etwa durch Wei-
226 terqualifizierung oder Unterstützung von familienbedingten Übergängen von Voll- in Teilzeit.